Nr. 550. 46. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 27. Oktober 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Bisher 60000 Italiener gefangen

Die 2. italienische Armee geschlagen. — Die italienische Front bis zur Wippach im Wanken. — Schwere Kämpfe bei Passchendaele.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Franzosen und Engländer setzten gestern tagsüber auf dem Kampffeld in der Mitte der flandrischen Front von neuem starke Kräfte ein, um die Schlachtentscheidung zu suchen. Der Erfolg blieb unser. Vergeblich haben die feindlichen Divisionen sich in unserer Abwehrzone verblutet.

Gesteigerte Artilleriewirkung lag auf dem Kampfgelände, ehe der Feind zum Angriff schritt; hinter der sich vorwärtsschiebenden Feuerwalze brachen seine Sturmtruppen vor.

Nördlich von Bixschote gelangten die Franzosen bis Bulthoek; von dort warf sie unser Gegenstoß ins Trichterfeld zurück. Zwischen der Straße Klerken—Poelkapelle und der Bahn Roulers—Ypern drangen in wiederholtem Ansturm die Engländer vor. Nach hin- und herwogenden Kämpfen, die westlich von Paschendaele besonders erbittert waren, mußte sich der Feind mit wenigen Trichterlinien vor seiner Ausgangsstellung begnügen.

Abgesetzt vom Hauptangriff wurden mehrere englische Divisionen gegen unsere Front von Becelaere bis südlich von Gheluvelt vorgeführt. Anfänglich brachen sie in den Park von Paczelhoek und in Gheluvelt ein; doch wurde der Feind durch unseren kraftvollen Gegenangriff bald wieder über die alte Linie zurückgeworfen.

Teilkämpfe dauerten bis in die Nacht; das starke Feuer ließ nur vorübergehend nach.

Truppen aus allen Teilen des Reichs haben ruhmvollen Anteil an dem für uns günstigen Ausgang des Schlachttages!

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zu wenigen Abschnitten am Oise-Aisne-Kanal nahm der Artilleriekampf größere Stärke an; die feindliche Infanterie versuchte gegen Abend vergeblich, an mehreren Stellen auf dem Nordufer des Kanals Fuß zu fassen.

In der Champagne und an der Maas steigerte sich vielfach die Feuertätigkeit in Verbindung mit Aufklärungsgefechten.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Italienische Front.

Die unter der persönlichen Oberleitung Seiner Apostolischen Majestät des Kaisers Carl von Oesterreich, Königs von Ungarn, vorbereitete Operation gegen die Hauptmacht der italienischen Armee reift unter der Mitwirkung der unvergleichlichen Stoßkraft deutscher Truppen, die Schulter an Schulter mit ihren tapferen Waffenbrüdern am Isonzo in den Kampf traten, großem Erfolge entgegen.

Die 2. italienische Armee ist geschlagen.

Durch gutes Wetter begünstigt, drangen über die Höhen und durch die Täler, vielfach zähen Widerstand des Feindes brechend, deutsche und österreich-ungarische Divisionen unaufhaltsam vorwärts.

Der scharfgratige Höhenrücken des Stol wurde von der k. u. k. 22. Schützendivision genommen. Der 1641 Meter hohe, stark befestigte Gipfel des Mt. Matajur fiel schon am 25. 10., 7 Uhr vormittags, — 23 Stunden nach Beginn unseres Angriffs bei Tolmein — durch die hervorragende Tatkraft des Leutnants Schnieber, der mit vier Kompagnien des oberschlesischen Infanterieregiments Nr. 63 den starken italienischen Grenzstützpunkt stürmte.

Kampf- und Marschleistungen aller Truppen, die durch die Vorberge der Julischen Alpen der italienischen Ebene zustreben, sind über jedes Lob erhaben.

Die Zahl der Gefangenen hat sich auf 60000, die der erbeuteten Geschütze auf 450 erhöht.

Unübersehbares Kriegsgerät muß aus den genommenen Stellungen der Italiener noch geborgen werden. 26 feindliche Flugzeuge sind in den beiden letzten Tagen abgeschossen worden.

Die italienische Isonzo-Front wankt bis zur Wippach; auf der Karst-Hochfläche hält der Gegner.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Erstürmung des Monte Santo.

Wien, 27. Oktober. (W. T. B.)

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Monte Santo wurde von den verbündeten Truppen im Sturm genommen. Damit ist ein weiterer Grundpfeiler italienischen Wiederstandes gefällt, ein neuer Marksteln auf unserem siegreichen Vorwärtsschreiten erreicht. Als die italienische Trikolore nach zehn vergeblichen Isonzoschlachten in der Frühe des 25. August auf den Gipfel des Monte Santo gepflanzt wurde, da kannte der Jubel und das Triumphgeschrei im Königreiche keine Grenzen. Die Eroberung dieses „Schlüssels" nach Triest sollte die öffentliche Meinung Italiens über alle Mißerfolge hinwegtäuschen. Nach dreitägiger Offensive ist nun dieser Schlüssel wieder in unserer Hand, die Krone des italienischen Befreiungswerkes zertrümmert und unter den ehernen Tritten der verbündeten Heere wankt die italienische Front in ihren Grundfesten.

Das neue Ministerium in Schweden.

(Von unserem Korrespondenten.)

Stockholm, im Oktober.

Nach nicht geringen Schwierigkeiten hat Schweden nun endlich eine neue Regierung bekommen. Die Krise dauerte nahezu drei Wochen lang. Bekanntlich versuchte der König zunächst, ein Sammelministerium zustande zu bringen. Er gedachte — wohl nach dänischem Muster — auf diese Weise am ehesten die innerpolitischen Gegensätze überbrücken zu können, die das Land seit Beginn des Weltkrieges zerklüften. Wie wir wissen, spitzten sich diese Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken immer mehr zu und erreichten während der letzten Wahlen im August und September ihren weithin sichtbaren Höhepunkt. Es ist also sehr begreiflich, daß der lebhafte Wunsch bestand, in diesen Zeiten der Weltkrise, die auch für die Neutralen immer ernstere Formen anzunehmen droht, eine innerlich geschlossene Front gegen die Angriffe von außen zu schaffen. Der Plan scheiterte, weil die beiden Lager sich schon allzuweit getrennt hatten, um den Weg zueinander wiederzufinden.

Die Geschichte Schwedens während des Weltkrieges hat sich immer ausschließlicher im Sinne des Parteikampfes entwickelt. Am Anfang gab es große politikte Ziele, die wenigstens von einem wenn auch kleinen Kreise angestrebt wurden. Der Wunsch nach einem größeren, stärkeren Schweden, nach einem Schweden, das die Führung in Skandinavien übernehmen sollte, war in dem Kreise der Aktivisten lebendig. Diese Bewegung, die aus Gebildeten aller Parteien bestand und sich in dem Buche „Schwedische Stimmen zum Weltkrieg" ihr politisches Bekenntnis von der Seele schrieb, forderte, daß Schweden an der Seite der Mittelmächte Finnland befreien sollte, um dadurch die drohende russische Gefahr ein für allemal abzuwehren und das eigene Land zur führenden Macht im Norden zu machen. Jetzt, da diese Gedanken abgetan zu sein scheinen, ist es wertvoll, sich an sie zu erinnern, da sich an ihnen leicht die Gegenwart messen läßt. Was ist von diesen Bestrebungen übrig geblieben? Was lebt noch von diesem kühnen Wollen, das sich so gern und mit Recht auf den Heros der schwedischen Geschichte, auf Karl XII., berief? Die Aktivisten erklärten uns Deutschen in ihrer Glanzzeit immer wieder: „Wenn ihr anfangt, gegen Petersburg vorzugehen, dann kommen wir Schweden mit. Nicht etwa aus reiner Begeisterung für die deutschen Waffen, sondern einfach deshalb, weil wir nicht zugeben können, daß Deutschland die Alleinherrschaft in der Ostsee an sich reißt, weil wir dann dabei sein müssen, um unsere geschichtliche Mission im Norden zu erfüllen."

Heute haben unsere Truppen Dagö und Oesel besetzt und beherrschen damit den Eingang zum Rigaischen Meerbusen. Schon jetzt regt sich der Freiheitstrieb Finnlands immer stärker und nimmt festere Formen an. Und die Nachricht von der Räumung Petersburgs bestätigt, daß man in der russischen Hauptstadt erkennt, worum es sich handelt. Wie steht es inzwischen in Schweden? Nur der Vollständigkeit halber sei ein Gerücht verzeichnet das noch vor Zustandekommen der neuen Regierung auftauchte: England wolle ein zu erwartendes Linksministerium in Schweden dazu bewegen, gegen einen deutschen Vormarsch auf Petersburg als gegen eine für Schweden ungünstige Handlung zu protestieren. Wir wollen nicht untersuchen, wieviel Wahres an diesem Gerüchte ist, wir wollen uns nur damit begnügen festzustellen, daß der alte Aktivismus jetzt, da seine einst herbeigesehnte Stunde geschlagen hat, das Haupt nicht mehr erhebt.

Schweden hat innerhalb eines halben Jahres zweimal die Regierung gewechselt. Im Frühjahr 1917 mußte das Ministerium Hammarskjöld dem Ministerium Swartz weichen. Jetzt im Herbst des gleichen Jahres, wird dieses Ministerium der Rechten gegen ein solches der Linken umgetauscht. Wie ich oben schon bemerkte, sind die innerpolitischen Kämpfe ganz in den Vordergrund getreten. Das erkannte man schon aus der Haltung der Presse, die ihre Leitartikel fast ausschließlich dem Parteizwist widmet und nur ganz selten die großen Fragen der Zeit behandelt. Ja, die äußere Politik ist eigentlich auch zur reinen Parteipolitik geworden, indem die Rechte sich für die Mittelmächte erklärt, während die Linke eher auf seiten der Entente steht. Bisweilen vernimmt man aus dem Munde einzelner Selbständiger die besorgte Klage: „Wir haben bei uns Freunde der Mittelmächte und Freunde der Alliierten — aber eines fehlt: die Freunde Schwedens." Natürlich können beide Parteien, und zweifellos aufrichtig, erklären, daß ihre jeweiligen Sympathien nur der Sorge um das Wohl des eigenen Landes entspringen.

Die schwedische Regierung verfolgte von Anfang an eine strenge Neutralitätspolitik. Sie glaubte auf diese Weise die Interessen des Landes am besten wahren zu können, und wie man sieht, ist dieser Gedanke von Wallenberg auf Lindman und nun auch — wie versichert wird — auf Hellner übergegangen. Kennzeichnend für die eigentliche Entwicklung der Dinge ist der Umstand, daß das neue Ministerium in seiner Programmerklärung die inneren Reformen als eine seiner Hauptaufgaben bezeichnet. Die neue Regierung

Hat der Reichskanzler sein Abschiedsgesuch eingereicht?

Einem Gerücht zufolge, das anscheinend in unterrichteten Kreisen seinen Ursprung hat, soll der Chef des Zivilkabinetts, Herr v. Valentini, gestern dem Reichskanzler Dr. Michaelis einen Besuch abgestattet haben. Herr Dr. Michaelis soll darauf sein Abschiedsgesuch eingereicht haben. Die Entscheidung des Kaisers soll noch ausstehen.

Eine Bestätigung dieser Nachricht war nirgends zu erhalten. Amtlich wird erklärt, es sei „von einem Entlassungsgesuch des Reichskanzlers nichts bekannt." In der Reichskanzlei wird jede Auskunft verweigert, die dort vor kurzem eingerichtete und so schwungvoll angekündigte Pressestelle hat anscheinend bereits seit einigen Tagen den Betrieb eingestellt. In parlamentarischen Kreisen weiß man von einem Rücktrittsgesuche nichts. Aber niemand von denjenigen, die den politischen Dingen nahestehen, hält die Meldung für unwahrscheinlich. Der Rücktritt des Herrn Dr. Michaelis, den jeder für unvermeidlich hält, wurde erwartet, und es ist also sehr möglich, daß er gestern abend oder heute früh bereits erfolgt ist.

Auch die Tatsache, daß der Kaiser heute vormittag, einer amtlichen Meldung zufolge, den Staatssekretär Dr. Helfferich, den Minister v. Breitenbach, den Chef des Zivilkabinetts v. Valentini und den Hausminister Grafen zu Eulenburg empfangen hat, weist darauf hin, daß die Krisis in das letzte, entscheidende Stadium eingetreten ist, und daß ihre endgültige Regelung unmittelbar bevorsteht. Herr v. Breitenbach ist Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und wurde zweifellos in dieser Eigenschaft zu den Beratungen hinzugezogen. Der Empfang des Hausministers beim Kaiser könnte dahin gedeutet werden, daß die Gerüchte, die von einem Rücktritt des Herrn v. Valentini sprachen, der Begründung nicht entbehrten.

In denselben Kreisen, aus denen das Gerücht von dem Entlassungsgesuch des Herrn Dr. Michaelis stammt, wird die Kandidatur des Fürsten Bülow als „die aussichtsreichste" bezeichnet. Dem wird von seiten der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Parlamentarier entschieden widersprochen. Es wird dort erklärt, der Chef des Zivilkabinetts sei davon unterrichtet worden, daß die gesamte Linke, die große Mehrheit des Zentrums und zahlreiche Nationalliberale dieser Kandidatur ablehnend gegenüberständen. Die Kandidatur des Prinzen Max von Baden, die auf der Linken sympathisch betrachtet wurde, ist anscheinend fallen gelassen worden, da man in Baden den Thronfolger ungern auf dem Reichskanzlerposten sähe. Die Möglichkeit, daß Herr v. Kühlmann ernannt werden wird, ist wieder gewachsen, doch ist es bekannt, daß Herr v. Kühlmann den dringenden Wunsch hat, auf seinem jetzigen Posten zu bleiben und sich auf die Leitung des Auswärtigen Amtes zu beschränken. Scharfem Widerspruch würde diese Lösung der Kanzlerfrage allerdings nur bei den extremen Alldeutschen begegnen.

Vorträge beim Kaiser.

Amtlich. Berlin, 27. Oktober. (W. T. B.)

Seine Majestät der Kaiser empfing heute den Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, Minister v. Breitenbach, den Chef des Zivilkabinetts v. Valentini und den Hausminister Grafen zu Eulenburg zum Vortrag.

kann man eine Kampfregierung der Linken nennen. Sie wird in erster Linie versuchen, gegen den Willen der Rechten eine Veränderung des rückständigen Gemeindewahlrechts durchzudrücken. Denn das ist nicht nur eine Prizipienfrage, sondern auch eine Machtfrage, weil sich aus den Gemeinderäten bekanntlich die erste schwedische Kammer zusammensetzt, in der bisher die Rechte noch über die Mehrheit verfügte. Und das soll nun allmählich anders werden. Um diesen Punkt drehte sich zweifellos der ganze Streit während der Bildung des neuen Ministeriums. Die Konservation war bereit, eine eigene Kommission zur Erwägung angemessener Reformen einzusehen. Die Sozialdemokraten verlangten jedoch die sofortige Einführung des freiheitlichen Gemeindewahlrechtes und dem gegenüber betonte die Gegenpartei, sie könne zu ihrem „Selbstmord" nicht die Zustimmung geben. Alle Versuche, den tiefen Gegensatz der Meinungen und Wünsche zu überbrücken, mußten scheitern. So kam statt des Sammelministeriums ein reines Ministerium der Linken zustande. Daß es so betont links wurde, war jedoch für die meisten eine Ueberraschung.

Ueber die neuen Männer läßt sich vorläufig wenig sagen. Branting, Palmstierna und Ryden sind uns seit langem genau bekannt. Wir stellen uns wohl mit Recht die Frage: wie werden ihre bisher geäußerten außenpolitischen Ueberzeugungen nun, da die Verantwortung auf ihren Schultern liegt, zur Geltung kommen? Eine so ausgesprochene und zweifellos bedeutende Persönlichkeit wie die Brantings prägt sicherlich dem Ministerium, dem sie angehört, bis zu einem gewissen Grade den Stempel auf. Darüber müssen wir uns klar sein. Ein Mann wie Eden verdient sicherlich das Zutrauen seiner Partei. Er hat sich auch nie zu außenpolitischen Parteilichkeiten hinreißen lassen, und er wird gewiß nicht für sein Land den Krieg und für die Welt die Fortdauer der jetzigen Krise anstreben. Das starke Betonen der handelspolitischen Neutralität in der offiziellen Erklärung entspricht ferner sowie seiner liberalen Gesinnungsgenossen ehrlicher Ueberzeugung. Eine andere Frage ist, wie weit die Kraft hinreichen wird, um dem stets anwachsenden Druck der Entente zu widerstehen. Wir haben kein Recht zu zweifeln, aber wir haben volles Recht, uns hierfür lebhaft zu interessieren. Im großen ganzen heißt es für uns, mit ruhiger Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge zu betrachten.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 26. Oktober. (W. T. B.)

Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum

fünf Dampfer, ein Segler

vernichtet, darunter befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Baron Blantyre" sowie die bewaffnete französische Bark „Victorine" und der portugiesische Dampfer „Tapaia".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Niederlage der englischen Regierung im Unterhause.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 27. Oktober.

„Daily News" meldet, daß im Unterhaus Erregung entstand, als die Regierung bei der Abstimmung über den Petroleumgesetzentwurf eine Niederlage erlitt. Das Haus behandelte in geheimer Sitzung eine finanzielle Resolution dieses Gesetzes. Ein von Denman eingebrachtes und von Adamson, dem neuen Vorsitzenden der Arbeiterpartei unterstütztes Amendement wurde mit 44 gegen 35 Stimmen angenommen. Die Regierung war also mit 9 Stimmen geschlagen. Die Zahlen wurden mit lautem Jubel begrüßt. Man rief „zurücktreten!" Die Sitzung war jedoch schlecht besucht und die Angelegenheit hat kein Interesse für die Kriegspolitik.

Jellicoe sprach in Sheffield. Er sagte, die durch die U-Boote verursachten Verluste seien äußerst ernstlich gewesen, aber allmählich hätten sich die Zahlen vermindert. Im September seien die Versenkungen sehr gering gewesen. Im Oktober seien sie wieder größer gewesen. Jellicoe sprach die Hoffnung aus, daß in Kürze die Verluste noch geringer werden könnten.

Rücktritt des Kabinetts Boselli.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 27. Oktober.

Aus Rom wird gemeldet, das Kabinett Boselli ist zurückgetreten.

Lugano, 27. Oktober.

Die Parlamentslage ist verwirrter als je. Nachdrücklich warnt „Corriere della Sera" vor dem verhängnisvollen Eindruck, den das Hinausziehen einer Lösung der Ministerkrise in diesem Augenblick auf das Volk machen müsse. Noch ist von einer annähernd wahrscheinlichen Lösung keine Rede. Nur soviel steht fest, daß die Kriegsparteien Sonnino und Bissolati um jeden Preis in das Kabinett hineinbringen wollen. Ferner spricht man heute auch von Ferdinando Martini, dem bekannten Freund Barrères, der an der Schwenkung Italiens zur Entente so dämonischen Anteil gehabt hatte.

Daneben werden noch immer die beiden einstigen Giolittianer Orlando und Nitti genannt. „Secolo" erklärt die Bildung eines Koalitionsministeriums als notwendig. „Corriere" schreibt: „Widerstand bis zum äußersten" müsse die Losung aller Italiener sein. Aber um diesen Widerstand leisten zu können, bedürfe es vor allem einer Regierung und zwar der besten.

Schweizer Grenze, 27. Oktober.

Schweizer Blätter berichten von der italienischen Grenze: Der Mailänder Militärkommandant hat ein beschränktes Reiseverbot auf acht Tage erlassen. In Mailand wurden öffentliche Bekanntmachungen angeschlagen, welche die Bevölkerung zur Ruhe mahnen und versichern, daß keine Gefahr für die Lombardei zu befürchten sei.

Lugano, 27. Oktober.

„Popolo d'Italia" sagt mit bitteren Worten: „Diese Offensive ist das Geschenk des Sowjet an Italien. An der russischen Front reichen heute die Zollwächter aus, um die Russen im Zaume zu halten. Die galizischen Regimenter werden gegen Italien losgelassen." Das Piazzavorgan verlangt scheltend, die italienische Regierung solle sofort alle Deutschen verhaften, auf eine Insel schaffen und alles deutsche Eigentum einziehen. Das italienische Volk solle keine Furcht haben. Die Hauptsache sei schleunige Lösung der Ministerkrise.

Die Lage in Rußland.

(Telegramm.)

Petersburg, 26. Oktober. (Meldung der Petersburg. Tel.-Ag.)

Der Ausschuß des Vorparlaments für auswärtige Angelegenheiten hat Stobelew zum Präsidenten gewählt und einen zweistündigen Bericht des Ministers Tereschtschenko über die politische Lage gehört.

Der Verteidigungsausschuß des vorläufigen Ministerrats der Republik hat nach Anhörung einer Erklärung der Regierung über die strategische Lage an der Nordfront folgende Entschließung angenommen: Da die Regierung ihre Absicht ankündigt, Petersburg bis zum Aeußersten zu verteidigen, da sie es angesichts der gegenwärtigen schwierigen Lage für notwendig hält, in der Hauptstadt zu verbleiben, solange diese nicht unmittelbar bedroht ist, und da sie vorschlägt, die verfassunggebende Versammlung nach Petersburg einzuberufen, so billigt der Verteidigungsausschuß den Ministerrats der Republik diese Entscheidungen der Regierung und fordert sie auf, alsbald einen Aufruf an das Volk über diesen Gegenstand zu erlassen.

Der Vorstand des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, die militärische Abteilung des Hauptausschusses der baltischen Flotte, der militärische Ausschuß von Finnland, der Eisenbahnerverband, der Verband der Post- und Telegraphenangestellten, der Ausschuß der professionellen Arbeiterverbände und die Bürgerwehr, haben einen Sonderausschuß zur inneren und äußeren Verteidigung Petersburg gebildet.

Der Kampf der Flotte.

Die Arbeit der Minensuchboote. — Die Unterstützung der Landoperationen.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters

Wilhelm Hegeler.

Kreuzburg, 25. Oktober.

Zum Transport der Truppen nach Oesel, der Pferde, der Munition und des Proviants für mehrere Wochen waren siebzehn zwischen 6000 und 11 000 Tonnen große Dampfer nötig. Das ganze Ostseegebiet zwischen dem Rigaschen und Finnischen Meerbusen und diese selbst bilden ein einziges Feld von Minen, welche die Russen seit Kriegsbeginn bis in die letzten Tage ausgestreut hatten. Um eine sichere Schiffahrtstraße zu schaffen, war eine wochenlange Arbeit unserer Minensuchboote nötig. Allen Stürmen der letzten Zeit zum Trotz, fuhren diese flachen und wenig seetüchtigen Boote täglich aus und verrichteten ihre heroische Aufgabe. Im nördlichen Gebiet konnten sie der Nähe der feindlichen Küste wegen nur nachts arbeiten. Wenn die Fahrt der mehr als 300 Schiffe zählenden Flotte ohne jeden ernstlichen Verlust abgelaufen ist, so hat man das in erster Linie dem aufopfernden Mut und der Geschicklichkeit der Minensuchverbände zu verdanken. Außer der Minengefahr drohten die englischen U-Boote — acht waren es — die von ihren Stützpunkten Hangoe und Hapsal aus in der Ostsee manövrierten. Sie haben mehrfach auf unsere Kriegsschiffe Torpedos abgefeuert, ohne jedoch einen Treffer zu erzielen. Eine besondere Schwierigkeit verursachte noch der Umstand, daß der Ausgang des Finnischen Meerbusens mit Minen versucht war. Um uns vor ihnen zu schützen, schickten wir U-Boote aus, die am Tage ihr Versteck legten, und in deren Nähe sich nachts Feuerschiffe verankerten. Sehr schwierig war das Einsteuern in die Tagga-Bucht. Auch hier wurde ein U-Boot als Merkpunkt genommen.

Mit dem Transport allein war aber die Leistung der Marine nicht erschöpft. Der nicht minder verantwortliche und noch schwierigere Teil ihrer Aufgabe bestand darin, die Operationen des Landheeres zu unterstützen. Denn allein hätten unsere den russischen Kräften auf der Insel, die noch dazu mit schweren und schwersten Batterien besetzt war, recht erheblich an Zahl unterlegenen Truppen die Eroberung unmöglich durchführen können. Vor allem handelte es sich darum, daß unsere Seestreitkräfte rechtzeitig im Moonsund erschienen. Hierzu war eine möglichst schnelle Seeherrschaft im Kassarwiek, dem Gewässer zwischen Oesel, Dagö und Moon, erforderlich, damit die russischen Kräfte auch von Norden her von See aus in der Flanke gefaßt werden konnten. Im Kampf mit 13 modernen Zerstörern und 2 Kanonenbooten wurde bereits am zweiten Tage die Seeherrschaft im Kassarwiek erkämpft. Hierbei wurde der russische Zerstörer „Grom" in Brand geschossen. Das Kanonenboot „Chabrin" nahm im schwersten Feuer die Besatzung bis auf 8 Mann an Bord und flüchtete dann. Darauf wurde auf der „Grom" die deutsche Flagge gehißt und sie ins Schlepptau genommen. Sie schwamm noch etwa eine halbe Stunde und versank dann. Nachdem die russische Flotte in den Moonsund gedrängt war, hatten unsere Schiffe unbeschränkten Verkehr durch den Soelosund.

Auch mit der Aufräumung der massenhaften Minen im Rigaschen Meerbusen war so weit vorgearbeitet worden, daß bereits am ersten Tage, während unsere Torpedoboote die ersten Truppen in der Taggabucht aussetzten, eine demonstrative Beschießung der Zereler Batterien stattfinden konnte.

Der Entschluß hat große Wirkung durch das Feuer unserer schweren Schiffsgeschütze wesentlich beschleunigt. Nachdem die Zereler Batterien von der Mannschaft verlassen waren, kam die spannendste Stunde. Denn nun hieß es rechtzeitig im Moonsund zu erscheinen. Die russische Flotte, die den Eingang verteidigte, bestand aus 2 Linienschiffen, 3 großen, einer Anzahl kleiner Kreuzer und mehreren Torpedobooten. Sie konnte nur in einer schmalen ausgebaggerten Rinne des Sundes fahren. In dem Kampf, der sich nun entwickelte, wurde die „Slawa", die sich sehr wacker hielt, in Brand geschossen, darauf zog die russische Flotte sich nach Norden zurück. Auf ihrer Flucht wurde sie noch durch unsere Flieger angegriffen und mit mehreren 60 Kilogramm Bomben beworfen. Hierbei sanken noch vier Transportschiffe. Eins unserer U-Boote torpedierte den Kreuzer „Bogatyr" am Eingang des Finnischen Meerbusens. Das Uebersetzen unserer Landtruppen auf Moon konnte nun gefahrlos bewerkstelligt werden.

Die „Frauen der Tat".

Zu dem in unserer Mittwoch-Abendnummer erschienenen Artikel „Die Frauen der Tat" sind uns zahlreiche Erwiderungen zugegangen. Wir müssen uns darauf beschränken, den nachstehenden „offenen Brief" zu veröffentlichen, den eine Hilfsschwester vom Roten Kreuz an die Verfasserin richtet und dem wir eine kurze Bemerkung über unsere eigene Auffassung anfügen.

Die Redaktion.

„Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da", dieses Wortes gedachte ich, als ich Ihre „Frauen der Tat" gelesen, und schmerzliches Bedauern regte sich in mir über die „Umwertung aller Werte", die aus Ihren Zeilen spricht. Es genügt Ihnen nicht, die Frau auf den verschiedenen Posten zu sehen, die Sie so nebenbei aufzählen, sie bei der Arbeit und einer wahrlich nicht immer leichten, zu wissen, bei der ihr Schaffen und Wirken ihrem Weibtum nicht widersprricht. Nein: Sie sprechen herben Tadel darüber aus, daß Sie unsere jungen Mädchen nicht dort sehen, wo Sie den auserwählten Platz für sie finden, nämlich in der Munitionsfabrik. Ich aber meine nun wieder, daß dieses der einzige Ort der Arbeit sei, wo man sie weder suchen, noch finden dürfe. Das weibliche Wesen leistet heute auf jedem Posten durch Fleiß, Klugheit, Umsicht und persönliche Entsagung Ungeahntes und Unersetzliches, mit Kopf, Hand und Herz. Warum wollen Sie die Frauen auf einen Platz hinweisen, der ihnen nicht gebührt, den Männer ausfüllen müssen, wie sie des rauhen Krieges Handwerk treiben, weil die Not des Vaterlandes es gebietet oder das Gesetz sie dazu zwingt? Aber entkleiden Sie das Weib nicht alles Weibtums! Nach diesen Zeiten schweren, mörderischen Kampfes, notwendiger Roheit und ungeheurer Tränen wird es Menschen geben, die mit Entsetzen all des Furchbaren gedenken, wenn ein wirrer Traum ihnen die Schrecken unserer Erlebnisse vor die Seele führt. Sanftere und mildere Sitten werden diese Tage wilden Menschenmordens vergessen machen. Möchten Sie dann Ihrem Sohn, Ihrem Bruder das Mädchen zur Gattin wünschen, als Mutter seiner Kinder sehen, das freiwillig den Dienst der Munitionsarbeit übernahm? Die Amazone hat der Menschheit keinen Nutzen gebracht. Das Weib bleibe weiblich, wo immer es auch stehe; so prägte es die Natur, so wollte sie es und so nützt es ihr.

Sie schreiben, welches Staunen es erregte, daß eine Geheimratstochter in die Munitionsfabrik ging, und wollen damit einen Tadel über die Erstaunten aussprechen. Nun: ich kann mich dem Empfinden jener anderen nur anschließen. Es gibt viele Wege der Betätigung, die mir für die Frau gangbarer erscheinen und auf denen sie doch dem Vaterlande zu nützen vermag. Vielleicht wäre freilich die „Sensation" für eine „Geheimratstochter" nicht so stark. Sollte der Platz am Bette eines Verwundeten, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge (wo dem Roten Kreuz Hilfskräfte fehlen!), in jeder sozialen Arbeit nicht ein Betätigungsfeld bieten, wo nicht nur die weibliche Hand, sondern auch das mitfühlende Herz seine wertätige Arbeit findet? Denn gerade bei der Arbeit, die Sie empfehlen, scheint mir das Herz, das bei jedem Liebeswerk mitwirken sollte, ganz ausgeschaltet zu sein. Kann es ein feinfühliges Wesen über sich bringen, an dem Grausamen mitzuwirken? Müßte nicht in jedem Augenblick ein zerschmetterter Kopf, ein blutender, zuckender Leib vor ihr geistiges Auge treten? Kann jemand, der einen Mann, Vater, Bruder, ein Kind dort draußen weiß, sich von der Vision lösen, daß vielleicht gerade jetzt auch ihm eine Granate, eine Bombe gilt? Erleben Sie es einmal, wie ich seit Kriegsbeginn hundertfach, wie ein verstümmelter, zerrissener Menschenleib vor Ihnen liegt, wie ein Jünglingsleben in geistigem Elend dahinsiechen wird, weil eine gut angefertigte Bombe, Granate, Kugel in ihm ihr Ziel erreicht, und sprechen Sie dann wieder von den „Frauen der Tat", die in der Munitionsfabrik arbeiten sollen! Auch der Feind war einer Mutter Sohn. Eine Frau aber soll Leben geben („wozu der Schöpfer sie erschuf"), nicht Leben vernichten helfen. Auch Ihr Zitat aus „Herrmann und Dorothea" kann ich nicht als sehr glücklich gewählt preisen, das Sie für Ihre Propaganda anführen. Ich dachte mir die Seelenstimmung des weisen Kunstmeisters in Weimar, als er die tatkräftige, liebeausströmende, poesieumflossene Gestalt schuf, doch ein wenig anders, und das „Heben und Tragen, Bereiten und Schaffen" in einer Munitionsfabrik dürfte wohl kaum den Beifall des Großen gefunden haben. Vielleicht belächeln Sie meine Auffassung als unmodern, unzeitgemäß; aber mir scheint auch heute noch, und vielleicht gerade heute, wo der Welt mehr Liebe nottut, mehr denn je, ein anderes Wort Goethes bedenkenswert: „Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan." So wirkend, gleichviel an welchem Platz, wo sie Not und Elend, Siechtum und Schmerz hindern, seien die „Frauen der Tat", seien die Taten der Frau.

Eine Hilfsschwester vom Roten Kreuz."

* * *

Wir haben den Artikel unserer geschätzten Mitarbeiterin Julie Elias veröffentlicht, wie wir der Erwiderung der Hilfsschwester Raum geben: weil es nichts schaden kann, wenn so gelegentlich verschiedene Ansichten einander gegenübergestellt werden. Die Schreiberin des hier wiedergegebenen „offenen Briefes" stellt die Fragen des Gemüts und des „Ewig-Weiblichen" in den Vordergrund. Das ist gewiß berechtigt, aber es läßt sich über die „Frauen der Tat" und ihre Aufgaben natürlich noch mancherlei anderes sagen. Würde ein Massendrang der freiwilligen „Geheimratstöchter" — und natürlich auch der Gräfinnen — der ja sehr nach „Gleichheit" aussähe, nicht zunächst zu einer Herabsetzung der Löhne führen, und würde nicht so den armen Frauen, die ihre Kinder versorgen müssen und darum ganz selbstverständlich „Frauen der Tat" sind, die Verdienstmöglichkeit geschmälert werden? Im übrigen gibt es bekanntlich das Hilfsdienstgesetz, das der zuständigen Behörde das Recht verleiht, über alle nicht militärisch verwendbaren Personen zu verfügen. Zunächst freilich nur über die Männer — aber ist festgestellt, daß bereits alle männlichen Personen, die ihrem eigentlichen Berufe, oder ihrer Muße, entzogen werden können, die Geheimratssöhne so gut wie die Grafen, gegenwärtig in Munitionsfabriken oder auf anderen Arbeitsgebieten, nicht nur in dekorativen Ehrenstellen, zum Wohle des Landes tätig sind? Sollte nachgewiesen werden, daß der Vorrat an männlichen Hilfskräften erschöpft und zweckmäßig verwendet ist, so müßte der Reichstag sich mit der Frage beschäftigen, ob das Hilfsdienstgesetz auf die Frauen ausgedehnt werden solle. Diese Frage würde dann unter Hinzuziehung erfahrener Persönlichkeiten in allen Einzelheiten geprüft und geregelt werden müssen, und dem so gefaßten Beschlusse würden sich jeder und jede zu unterwerfen haben.

Theaterchronik. Die Erstaufführung von Henrik Ibsens „Wildente" im Theater in der Königgrätzer Straße ist auf den 7. November festgesetzt worden. Den alten Werle spielt Rudolf Lettinger, Gregers — Friedrich Kayßler, den alten Ekdal — Reinhold Schünzel, Hjalmar — Ludwig Hartau, Gina — Helene Fehdmer, Hedwig — Maria Orska, Frau Sörby — Olga Engel, Molvit — Richard Leopold. Die Regie führt Karl Meinhard.

Im Kleinen Theater hat Paul Wildt, von einer Krankheit hergestellt, die Rolle des Hickelier in Sternheims „Bürger Schippel" wieder übernommen.

Im Lessing-Theater haben die Proben zu Richard Dehmels Drama „Die Menschenfreunde" begonnen, dessen Uraufführung Anfang November stattfindet.

Die Vorderasiatische Gesellschaft veranstaltet im Saale des Klubs der Landwirte eine Reihe von Vorträgen mit Lichtbildern über die „Hethiter", das kulturgeschichtlich hochbedeutsame Volk des alten Vorderasiens. Es sprechen am 7. November Geh. Regierungsrat Prof. Dr. v. Luschan über „Die Anthropologie Vorderasiens", am 2 Januar 1918: Prof. Dr. Weber über „Die ältesten Kulturen Vorderasiens und die Hethiter", am 6. Februar 1918: Dr. Freiherr v. Oppenheim, Kaiserl. Ministerresident: „Vorläufiger Bericht der Ausgrabungen des Zell Halaf," am 6. März 1918: Prof. Weber über „Assyrien und die Hethiter", am 1. Mai 1918: Prof. Dr. Röder (Hildesheim) über „Die Hethiter in den ägyptischen Denkmälern", am 5. Juni 1918: Prof. Dr. Zahn über „Die Mittelmeerländer und die Hethiter".

Wochenspielplan Berliner Bühnen. Kgl. Opernhaus: 28.: „Rappelkopf" 29.: „Aida" 30.: „Maskenball", 31.: „Fidelio", 1.: „Carmen", 2.: „Violanta", „Ring des Polykrates", 3.: „Margarete", — Schauspielhaus: 28., 1.: „Heimat", 29.: „Kyrik-Pyrik", 30.: „Könige", 31., 3.: „Nathan der Weise", 2.: „Cyrano", — Deutsches Theater: 28. N.: „Minna v. Barnhelm", 28. ab., 31., 3.: „Winterballade", 28.

Ein konservativer Vorschlag zur Wahlreform.

„Wir müssen das alte Preußen retten."

Der „Vorwärts" veröffentlicht den „offenen Brief" eines ungenannten Mitgliedes der konservativen Landtagsfraktion an den konservativen Führer v. Heydebrand, in dem Vorschläge für die konservative Stellungnahme zur Wahlreform gemacht werden. Da der Brief einen interessanten Einblick in die preußischkonservative Psyche gewährt, so sei einiges aus ihm wiedergegeben. Zunächst sucht der Verfasser nach einem Wege, der „das Halten des nun einmal gegebenen königlichen Wortes ermöglicht" Man könne die geheime, gleiche und allgemeine Wahl „weniger gefährlich" machen, „wenn in Preußen die Berufsstände unter sich ihre Vertretung zu wählen haben." Zugunsten dieses Vorschlags, der übrigens auch sonst in der konservativen Presse aufgetaucht ist, wird dann weiter gesagt:

„Es werden dann alle Berufsarten gerecht im Parlament vertreten sein, und niemand wird sagen können, daß diese Art nicht volkstümlich sei. Es wird auch nichts ausmachen, wenn die Landwirte, Lehrer, Geistlichen, Arbeiter usw. geheim und direkt einen ihrer Berufsgenossen zu wählen haben. Wir kommen aber wieder zu einer Art ständischen Vertretung des Volkes, die ohne Zweifel gerechter ist als alle bis jetzt in Gebrauch befindlichen Wahlgrundlagen. Dabei wird das gegebene Versprechen voll eingelöst."

Daß die Einführung ständischer Wahlen nicht eine Einlösung, sondern eine Umkehrung des Wahlrechtsversprechens bedeuten würde, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Aber dem Verfasser ist es offenbar darum zu tun, mit „positiven Vorschlägen" zu kommen. Er führt darüber folgendes aus:

„Eine glatte Ablehnung der in Aussicht gestellten Regierungsvorlage für die geheime Wahl würde gar nichts nützen. Wir müssen das alte Preußen retten. Da richten sich unsere Augen in erster Linie auf Sie, verehrter Herr Heydebrand, da Sie die Fähigkeiten haben, das schwierige Werk zu vollbringen und all die Jahre unser treuer Führer waren. Sie werden es verstehen, erst mal mit dem Zentrum und den Nationalliberalen Fühlung zu nehmen, um ein gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen. Eine unverbindlich freundschaftliche Einigung mit den Führern der anderen Fraktionen halte ich für absolut notwendig, sobald Ihnen der Weg, auf dem Sie gehen wollen, klar ist, um zu vermeiden, daß die anderen Parteien uns im Stich lassen, wie sie es im Reichstage getan haben. Dann vor allen Dingen im Einvernehmen mit dem neuen Ministerpräsidenten zu bleiben, das dem bisherigen unfreundlichen Standpunkt mit seinem Vorgänger ein Ende macht ... Zum neuen Kanzler habe ich das Vertrauen, daß er als Christ und Preuße mit uns gehen wird, wenn er richtig von uns angefaßt wird."

Wir wissen nicht, wie weit Herr v. Heydebrand sich die Winke dieses Parteigenossen zunutze gemacht hat. Betrachtet man die Versuche, die Wahlreform nicht bloß zu verschleppen, sondern auch mit allen möglichen anderen Fragen zu bepacken, so wird man kaum bezweifeln können, daß der Briefschreiber nicht ganz ungeschickt spekuliert hat. Die Mehrheitsparteien des Reichstags wußten, was sie wollten, als sie die preußische Wahlreform mit in ihr Kanzlerprogramm aufnahmen.

*

* Die Mandatsniederlegung des **Zentrumsabgeordneten Dr. Schmitt** ist erfolgt, weil der Düsseldorfer Gefängnispfarrer zum Direktor des Gefängnisses ernannt worden ist. Der Wahlausschuß der Zentrumspartei in Düsseldorf wird Schmitt wieder als Kandidaten aufstellen.

Die Wahlvorlage in Sicht!

Das Programm der Mehrheitsparteien.

In einer stark besuchten Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Steglitz sprach Stadtrat Prof. Dr. Spiegel-Charlottenburg über den vierten Kriegswinter. Er rückte das eigenartige Verhalten des Abgeordneten Traub ins rechte Licht und begründete in klarer zwingender Weise die Notwendigkeit der Friedensresolution vom 19. Juli.

Reichstagsabgeordneter Weinhausen wies auf die Tätigkeit der Mehrheitsparteien hin. Es sei einmütig die Ansicht vorhanden, daß es mit diesem Kanzler nicht gehe. Weinhausen bestätigte, daß das von uns bereits skizzierte Programm der Mehrheitsparteien (Bezugnahme auf die deutsche Antwort zur Papstnote, rasche Erledigung der Wahlreform, Verbesserung des Koalitionsrechts usw.) tatsächlich bestehe, und daß man entschieden dafür eintreten werde, daß der neue Kanzler sich dafür einsetze. **Die Wahlvorlage** soll, wie den Abgeordneten erst in diesen Tagen noch mitgeteilt wurde, **noch in diesem Monat** dem Landtage unterbreitet werden. Skeptisch erklärte Weinhausen allerdings, trotz dieser Zusicherung glaube er erst daran, wenn er die Vorlage in Händen habe.

Die „Volkszählung" der Vaterlandspartei.

Die Wählermassen der Mehrheitsparteien.

Die Agitation der deutschen Vaterlandspartei wird emsig weiter betrieben. Amtliche Persönlichkeiten beteiligen sich nach wie vor in hervorragender Weise daran. Der „Deutschen Volkszeitung" in Hannover wird dazu aus Gifthorn geschrieben:

„Die Agitation für die sogenannte Vaterlandspartei wird auch in unserem Kreise mit Hochdruck betrieben, um, wie es heißt, der Regierung bis zum 28. d. M. eine genaue Mitteilung über die Stärke der neuen Partei machen zu können. Auf einer Versammlung der Gemeindevorsteher des Kreises forderte Landrat Dr. v. Wagenhoff zum Beitritt zur Vaterlandspartei auf und ließ eine Liste zum Einzeichnen herumgehen, in die sich die Gemeindevorsteher mehr ihres Amtes, als ihrer Ueberzeugung wegen einzeichneten. „Auf dem Lande sorgen die Gemeindevorsteher für die Vaterlandspartei", meinte dann auch ein Herr, der in der Stadt eifrig für dieselbe wirbt."

Wir möchten der Vaterlandspartei empfehlen, lieber nicht mit Statistiken Eindruck machen zu wollen. Es könnte dann sein, daß die Mehrheitsparteien ihrerseits eine Statistik der Wähler vornehmen, die hinter ihnen stehen. Einen Anhalt dafür geben die Reichstagswahlen des Jahres 1912. Damals wurden, abgesehen von den Nationalliberalen, für die Mehrheitsparteien über acht Millionen Stimmen abgegeben, und das ohne den Druck beamteter Persönlichkeiten.

*

Wie das amtliche Kreisblatt des Kreises Grätz (Posen) mitteilt, fanden in diesen Tagen in drei Städten des Kreises Gründungsversammlungen der Vaterlandspartei statt. „Herr **Leutnant** Hölzel aus Posen", schreibt das Blatt, „sprach über das Thema: „Brauchen wir einen deutschen Frieden?" ...

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Die Beteiligung sämtlicher Gewerkschaften.

Wie wir erfahren, wird der Volksbund für Freiheit und Vaterland in erster Linie von den großen Arbeiter-, Angestellten-, Beamten- und Wirtschaftsorganisationen getragen. Alle Einzelpersönlichkeiten, die in der Presse genannt wurden, treten hinter den volkstümlichen Verbänden mit ihrer Anhängerzahl von 10 Millionen völlig zurück. Dem vorbereitenden Ausschuß gehören Vertreter aller Richtungen und Stände des werktätigen Volkes an. Ueber die nähere Zusammensetzung dieses Ausschusses kann heute schon gesagt werden, daß die Gewerkschaften sämtlich beteiligt sind.

Die Steuerpläne des Reiches.

Die Erörterungen im Reichsschatzamte.

Ueber die zukünftigen Steuerpläne des Reichsschatzamtes wird uns von zuständiger Seite geschrieben:

„An das Reichsschatzamt gelangen täglich Anfragen, ob diese oder jene Steuer, dieses oder jenes Monopol in der künftigen Steuergesetzgebung enthalten sei. Auch an die Vernehmung von Sachverständigen oder an die Einholung von Gutachten knüpfen sich häufig Erörterungen über die zukünftigen Pläne des Reichsschatzamtes. Auf diese Anfragen und Gerüchte ist zu sagen, daß im Reichsschatzamt alle Steuer-, Monopol- und Bewirtschaftungsmöglichkeiten durchberaten werden. Jeder Steuervorschlag wird nach seiner technischen Durchführung, seinen finanziellen Erträgnissen wie auch nach seinen volkswirtschaftlichen und allgemein politischen Wirkungen geprüft. Wie der Generalstab alle Kriegsmöglichkeiten, die nur denkbar sind, in seinen Plänen vorsieht, so mußte auch das Reichsschatzamt alle Steuermöglichkeiten in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen. Es gibt eben keine Steuer und kein Monopol, das nicht zunächst einer theoretischen Erörterung unterzogen würde. Aber ebensowenig gibt es eine Steuer, über die schon ein endgültiger Beschluß gefaßt worden wäre. Auch die Steuerpläne des Auslandes, insonderheit der verbündeten Länder, werden verfolgt, um die Rückwirkungen auf die Finanzen und die Volkswirtschaften jener Länder zu erkennen, und um gegebenenfalls für die eigene Steuergesetzgebung daraus zu lernen. Kombinationen über diese oder jene beschlossene Steuer, über dieses oder jenes zur Einführung gelangende Monopol greifen daher den Tatsachen vor. Zu Beunruhigungen, die aus den Gerüchten entstehen, liegt also keine Veranlassung vor."

Ministerkonferenz über die neuen Steuern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 27. Oktober.

Die Finanzminister der Einzelstaaten treffen in der nächsten Woche in Berlin zur Beratung über die neuen Steuern ein.

* Im Restaurant Weihenstephan zu Berlin tagte gestern abend eine Mitgliederversammlung des **Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten**, die in einer Entschließung gegen die von den Großbanken getroffene Gehaltsregelung Stellung nahm und die Angestelltenausschüsse ersuchte, baldigst bei den Bankleitungen vorstellig zu werden.

Seifenschmuggel.

Unberechtigtes Mißtrauen gegen die K.-A.-Seife.

Der Schleichhandel mit Seifen beschäftigte gestern die Vollversammlung der Drogisteninnung zu Berlin. Der Vorsitzende Hugo Staab wies darauf hin, daß seit dem 21. Juli 1916 Feinseifen, mit Ausnahme der K.-A.-Seife im Inlande nicht mehr hergestellt werden dürfen, und daß alle vom Auslande kommenden Seifen nur dann in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette seine Zustimmung hierzu gibt. Trotzdem Höchstpreise für Seifen festgelegt seien und diese nur gegen Seifenkartenabschnitte verkauft werden dürfen, hat sich ein Schleichhandel herausgebildet, der nicht nur den ehrbaren Handel schädigt, sondern auch volkswirtschaftlich große Gefahren in sich birgt. Es müssen, so führte der Redner aus, bedeutende Sammelbecken vorhanden sein, welche die auf dem Schleichwege nach Deutschland kommenden Seifen aufnehmen und sie dann über ganz Deutschland weitergeben. Die Preise, die gefordert und auch gezahlt werden, seien phantastische; keine Seltenheit sei es, daß für Stücke, die einen effektiven Wert von 10 bis 50 Pfennig haben, 3 bis 7 Mark gefordert werden. Auch die Abgabe von Seifen in verschiedenen Fabriken und in den Räumen einiger Behörden geißelte der Redner scharf, da hier oftmals die gesetzlichen Abgabevorschriften nicht beachtet werden und die Versorgung sich keineswegs auf die im Betriebe Angestellten erstrecke, vielmehr Außenstehende zum Schaden der Gesamtheit aus diesen Quellen reichlich schöpfen. Der Vertreter des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette, Direktor Possel, führte aus, daß die Klagen, soweit sie sich auf den Handel mit ausländischen Seifen erstrecken, leider zutreffend seien. Es würden immer noch erhebliche Mengen über die Grenze geschmuggelt und es schwebt deshalb eine ganze Reihe von Strafsachen. Ganz besonders blühe der Schmuggel im Osten, und schon im Interesse unserer Valuta dürfe nicht zugegeben werden, daß für oftmals völlig minderwertige Ware Unsummen Geldes ins Ausland wandern; auch könne der Kriegsausschuß nicht gestatten, daß speisefähige Oele und Fette der heimlichen Seifenherstellung zugeführt werden. Der Ausschuß fasse mit kräftigen Händen zu, da es im vaterländischen Interesse liege, diesem verwerflichen Gebaren schnellstens ein Ende zu bereiten. Der Vertreter der Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft, Dr. Schulte, wies darauf hin, daß es nötig sei, die Arbeiter in den Fabriken ausreichend mit Seife zu versorgen, natürlich solle die Mehrbewilligung aber nur diesen Arbeitern zukommen. Er versprach, den erhobenen Klagen mit allem Nachdruck nachzugehen. Leider aber müsse er feststellen, daß der K.-A.-Seife völlig unberechtigtes Mißtrauen entgegengebracht wird, tatsächlich sei die Seife besser als ihr Ruf; auch sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in allernächster Zeit schon die K.-A.-Seife qualitativ noch besser ausfalle.

Das Disziplinarverfahren gegen Professor Henkel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

X. Weimar, 27. Oktober.

Im Disziplinarstrafprozeß gegen den Direktor der Frauenklinik der Universität Jena, Professor Dr. Max Henkel, brachte der weitere Verlauf der Beweisaufnahme eine Fülle neuer und wichtiger Momente. Mehrere Aerzte, die früher als Assistenten unter Professor Henkel gearbeitet haben, stellten ihm das Zeugnis eines geradezu glänzenden Operateurs aus, der bei den Vorbereitungen zu den Operationen alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln beobachtet habe. Im direkten Gegensatz hierzu standen die Bekundungen der Leiter und Assistenzärzte des patologisch-anatomischen Instituts, die aussagten, daß ihnen ein so scheußliches Sektionsmaterial wie aus der Klinik des Professors Henkel, noch niemals vor Augen gekommen wäre.

Es wurde dann Geheimrat Winter von der Universität Königsberg über

die Säuglingsstation der Universität Jena

vernommen. Er kam zu dem Schluß, daß die Jenaer Säuglingsstation über Einrichtungen verfügte, die zu den neuesten Errungenschaften gehören und durchaus auf der Höhe der Zeit stand. Sie entsprach gewiß nicht dem, was auf diesem Gebiet ideal zu nennen ist, aber das gelte für die meisten Säuglingsstationen an den deutschen Universitäten, die immer nur einen geringen Teil ihrer Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stellen könnten. Für den Direktor der Frauenklinik an einer Universität könne die Behandlung und Pflege der Säuglinge nur Nebensache sein, da er ein zu großes Tätigkeitsfeld habe. Ein Vergleich der Säuglingsstationen an den übrigen deutschen Universitäten mit der Jenaer Station falle durchaus nicht zu deren Ungunsten aus. Gewiß wäre es besser gewesen, wenn Professor Henkel nicht mehrere Säuglinge in einem Bett untergebracht haben würde, weil damit die Uebertragung von Krankheiten sicher erschwert worden wäre. Aber es seien noch lange nicht alle deutschen Säuglingsstationen so weit, daß sie für jeden Säugling über ein besonderes Bett verfügten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Luetgebrune wies wiederholt darauf hin, daß Professor Henkel den Antrag auf Vermehrung der Betten der Säuglingsstation gestellt hatte, aber vergeblich. Längere Auseinandersetzungen knüpften sich wieder an die Frage der sozialen Indikationen bei Schwangerschaftsunterbrechungen. Professor Henkel hat in der medizinischen Literatur häufig darauf hingewiesen, wieviel besser gerade bei der Tuberkulose die sozial günstiger gestellten Klassen der Bevölkerung daran seien, woraus Staatsanwalt Volk die Folgerung zog, daß Professor Henkel

soziale Rücksichten

auch bei Schwangerschaftsunterbrechungen habe mitsprechen lassen. Geheimrat Winter äußerte sich dahin, daß Schwangerschaftsunterbrechungen aus rein sozialen Indikationen aufs allerschärfste abgelehnt werden, daß dies aber keineswegs in der Wissenschaft ein allgemein anerkannter Grundsatz sei. Es gebe ernste Forscher, die in gewissen Fällen soziale Indikationen für den einzig gangbaren Weg halten, um eine Familie vor Not, Verelendung und Prostitution zu bewahren. Er persönlich verwahre sich gewiß aufs schärfste gegen solche Ansichten, und kein Vertreter der Gynäkologie lehre soziale Indikationen. Etwas anderes aber sei es, ob soziale Rücksichten andere Indikationen mit unterstützen dürften. Reiche Frauen, die an Tuberkulose leiden, könnten zur Heilung nach Davos geschickt werden, arme tuberkulose Frauen aber gingen an der Schwangerschaft vielleicht elend zugrunde. Er sei ein Gegner auch dieser Mitwirkung sozialer Momente, aber solche Ansichten würden vertreten. — Staatsanwalt Volk warf ein, daß die königlich preußische wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen noch in der allerletzten Zeit in Leitsätzen den Standpunkt vertreten habe, daß der Arzt nicht berechtigt sei, die Unterbrechung aus sozialen oder rassenhygienischen Gründen vorzunehmen, schon weil dies einen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch bedeute. — Professor Henkel verwahrte sich entschieden dagegen, ein Verkünder der sozialen Indikationen an sich zu sein.

Städtische Alt-Möbelverwertung. In demselben Maßstab, wie die Alt-Kleiderverwertung, soll jetzt von den Groß-Berliner Gemeinden eine Institution eingerichtet werden, die den, in den Gemeindebezirken vorhandenen Ueberschuß an gebrauchten Möbeln zu gewinnen sucht, um diese Möbel an bedürftige Einwohner zu billigen Preisen abzugeben. Von den Groß-Berliner Gemeinden haben bisher Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg und Friedrichsfelde-Karlshorst die nötigen Vorarbeiten bereits in die Wege geleitet.

Personalnachrichten. Großherzogin Luise von Baden, Chef des Königin-Augusta-Garde-Grenadierregiments Nr. 4, wurde zum Chef des 6. Bad. Infanterieregiments Kaiser Friedrich III. Nr. 114 ernannt. — Oberst z. D. Brohm, zuletzt in der 1. Ing. Insp. und Insp. der 2. Fest.-Insp., wurde der Charakter als Generalmajor verliehen. — Stadtverordneter Buchhändler L. Bruns feiert sein 25jähriges Jubiläum als Stadtverordneter von Berlin. Er vertritt den 19. Gemeindewahlbezirk in der 3. Abteilung und ist Beisitzer im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung. Aus Anlaß dieses Jubiläums ließ die Versammlung dem Jubilar eine künstlerisch ausgeführte Adresse übersenden. Oberbürgermeister Wermuth, Bürgermeister Dr. Reicke, Stadtverordnetenvorsteher Michelet, sein Stellvertreter Geh. Justizrat Cassel sandten mit Mitgliedern aller Fraktionen Glückwunschtelegramme.

Feuer in der Köpenicker Straße. Die Berliner Feuerwehr hatte heute früh einen sehr gefährlichen Brand in der Köpenicker Straße 188 zu löschen. Dort brannten in der Gummiwarenfabrik von S. Herz, G. m. b. H., Säcke mit Gummiabfällen, Fässer mit Speckstein u. a. im Keller. Die zweite Kompagnie hatte von 5½ Uhr an kräftig zu löschen, um des Brandes Herr zu werden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Ziemlich zahlreiche, in Ostdeutschland größtenteils geringe im Westen und Süden etwas stärkere Regenfälle.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ziemlich mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen.

„Dantons Tod", 30., 1., 2.: „Lebende Leichnam". — **Kammerspiele:** 28. N.: „Gespenster", 28. ab., 31., 2.: „Kinder d. Freude", 29.: „Der Vater", 30.: „Fasching", 1., 2., 3.: „Eine glückliche Ehe". — **Volksbühne Th. am Bülowplatz:** 28. N.: „Wetterleuchten", 28. ab., 3.: „Hamlet", 29., 1.: „Hedda Gabler", 30.: „Was ihr wollt", 31., 2.: „Nathan d. Weise". — **Lessing-Theater:** 28. N.: „Das Kind", 28. ab.: „Peer Gynt", 29.: „Baumeister Solneß", 30.: „Madame Legros", 31., 2.: „Liebe", 1.: „Gespenster", 3.: „Die beiden Klingsberg". — **Deutsches Künstler-Theater:** 28. N.: „Der Herr Senator", allab.: „Clubleute". — **Theater i. d. Königgrätzer Str.:** 28. N.: „Kameraden", 28. ab., 30., 31., 2.: „Katenfteg", 29., 3.: „Iphigenie", 1.: „Erdgeist". — **Komödienhaus:** 28. N.: „Die verlorene Tochter", allab.: „Die beiden Seehunde". — **Berliner Theater:** 28. N.: „Filmzauber", allab.: „Die tolle Komteß", 3. N.: „Lisis Märchenreise". — **Deutsches Opernhaus Charlottenburg:** 28. N.: „Fledermaus", 28. ab.: „Orpheus i. d. Unterwelt", 29.: „Carmen", 30., 2.: „Die Schneider v. Schönau". 31.: „Der Waffenschmied", 1.: „Der Freischütz", 3.: „Siegfried". — **Kleines Theater:** 28. N.: „Liebelei", allab.: „Bürger Schippel". — **Theater d. Westens:** 28. N.: „Ein Walzertraum", allab.: „Der verliebte Herzog". — **Residenz-Theater:** 28. N.: „Die Warschauer Zitadelle", 28. ab., 29., 31., 1., 2., 3.: „Raskolnikoff", 30.: „Dyckepotts Erben". — **Schiller-Theater Osten:** 28. N.: „Hinter Mauern", 28. ab., 30.: „Auf der Sonnenseite", 29., 1.: „Der Revisor", 31.: „Die Distel", 2.: „Onkel Bräsig" E, 3.: „Traumulus". — **Schiller-Theater Charlottenburg:** 28. N.: „Der Bibliothekar", 28. ab., 30., 31. ab. 2.: „Käthchen von Heilbronn", 31. N., 3. N.: „Maria Stuart", 1., 3.: „Auf der Sonnenseite". — **Komische Oper:** allab.: „Schwarzwaldmädel". — **Neues Operettenhaus:** 28. N.: „Der Obersteiger", allab.: „Der Soldat der Marie". — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** 28. N.: „Der Troubadour", allab.: „Das Dreimäderlhaus". — **Lustspielhaus:** 28. N.: „Der Schwabenstreich", allab.: „Die blonden Mädels vom Lindenhof". — **Metropol-Theater:** 28. N.: „Die Kaiserin", allab.: „Die Rose von Stambul". — **Trianon-Theater:** 28. N.: „Johannisfeuer", allab.: „Der Lebensschüler". — **Thalia-Theater:** 28. N.: „Eine lustige Doppelehe", allab.: „Egon und seine Frau". — **Theater am Nollendorfplatz:** 28. N.: „Immer feste druff", allab.: „Drei alte Schachteln", 31. N., 1. N., 3. N.: „Wie Dr. Luther seine Käthe freite". — **Herrnfeld-Theater:** 28. N.: „Das Glück im Winkel", allab.: „Die Csardas-Fürstin". — **National-Theater:** 28. N.: „Was junge Mädchen träumen", allab.: „Das ist die Liebe!" — **Rose-Theater:** 28. N.: „Die Stunde des Vertrauens", allab.: „Der Weiberfeind", 3. N.: „Aschenbrödel". — **Walhalla-Theater:** 28. N.: „Seemannsliebe", allab.: „Zigeuner", 31. N.: „Aschenbrödel". — **Urania:** 28., 29., 1.: „Oberengadin und Splügen", 30.: Prof. Kammerer: „Geschlechtsverwandlung und Zwitterbildung", 31., 3.: Prof. Dolgen: „Unsere Kriegsgefangenen und ihre Volksstämme", 2.: Frl. Peter Kirsten: „Als Frau durch Deutsch-Ostafrika". — **Hoftheater Wiesbaden:** 28. N.: „Heimat", 28. ab.: „Aida", 29.: „Kyritz-Pyritz", 30.: „Carmen", 31.: „Das Nürnbergisch Ei", 1.: „Königskinder", 2.: „Bradamante", 3.: „Sah ein Knab". — **Kgl. Schauspiele Kassel:** 28. N.: „Prinz Friedrich v. Homburg", 28. ab.: „Tristan und Isolde", 29.: „Graf von Luxemburg", 30., 2.: „Die deutschen Kleinstädter", 31.: „Fidelio", 1.: „Der Freischütz", 3. „Der Troubadour". — **Kgl. Theater Hannover:** 28. N., 29.: „Kyritz-Pyritz", 28. ab.: „Der Freischütz", 30.: „Fidelio", 31.: „Hermannschlacht", 1.: „Maskenball", 2.: „Tante aus Sparta", 3.: „Evangelimann". — **Leipziger Schauspielhaus:** 28. N.: „Mauserung", 28.: „Die Schmetterlingsschlacht", 29., 31. N., 31. ab., 3.: „Luther auf der Wartburg", 30.: „Und Pippa tanzt", 1., 2.: „Königin der Luft".

Vom Aktienwesen.

Von [Nachdruck verboten.]

Artur Norden.

Walter Rathenau, der Präsident der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, hat im Verlage von S. Fischer, Berlin, unter dem Titel „Vom Aktienwesen" eine geschäftliche Betrachtung erscheinen lassen, die, auf einen kleinen Raum zusammengedrängt, eine seltene Fülle von Gedanken an dem Auge des Lesers vorüberziehen lässt.

Der Kernpunkt des Buches ist das, was Rathenau in andern Schriften „die Substitution des Grundes" genannt hat, „die Erscheinung, die alle menschlichen Einrichtungen im Laufe ihres Alterns zu befallen pflegt; die Einrichtung behält ihren Namen und einzelne Züge ihrer ursprünglichen Wirksamkeit, obgleich unmerklich ihre Voraussetzungen, häufig ihre Ziele und ihr inneres Wesen sich geändert haben, ähnlich, wie es mit einer verlassenen Muschelschale geschieht, in der Generationen fremder Geschöpfe nacheinander ihre Wohnung aufschlagen". Das Gehäuse, das im wesentlichen aus dem Teil des Handelsgesetzbuches besteht, der die Aktiengesellschaft betrifft, passt nach der Meinnug von Rathenau wohl für die Wirtschaftsgesellschaft, wie sie ihre westlichen Erfinder und Gesetzgeber, Franzosen, Belgier und Engländer, gewollt und geschaffen haben, nicht aber für die deutsche Grossunternehmung. Der Unterschied ist der, dass in dem einen Fall mehrere Personen sich zur Verwaltung des eigenen gemeinsamen Geschäftes zusammenfinden (wie das bei uns heute zumeist bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Fall ist), während bei der modernen Grossunternehmung das Familien- und Sozienverhältnis im allgemeinen verschwunden ist, die unpersönliche Beziehung des Aktionärs zu der Gesellschaft die persönliche weit überwiegt. Aus der Substitution des Grundes im Sinne von Rathenau ergeben sich nun allerhand Konflikte. Insbesondere kann nach der Meinung von Rathenau, die von anderen Seiten geteilt wird, der Aufsichtsrat die ihm durch das Gesetz auferlegten Pflichten bei der Grossunternehmung nicht erfüllen. Wie ist der Sachverhalt? Der Aufsichtsrat hat nach § 246 des Handelsgesetzbuches die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen der Verwaltung zu überwachen und sich zu dem Zwecke von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten. Legt man diese Bestimmung dahin aus, dass der Aufsichtsrat von allen wichtigeren Geschäften einer Grossunternehmung Kenntnis nehmen müsse, so wird in der Tat etwas Unmögliches verlangt. Der Aufsichtsrat müsste dann in Permanenz tagen, würde eine Art Gegendirektorium bilden, wobei Rathenau mit Recht die Frage aufwirft, ob der Vorstand sich seine Verdoppelung durch ein kritisches Spiegelbild gefallen liesse. Noch weniger möglich als die Mitwirkung an allen wichtigen Geschäften ist, wie man zugeben muss, für den Aufsichtsrat ohne Umformung zu einem Gegenvorstand eine genaue Ueberwachung der Bücherführung und eine bis auf alle Einzelheiten sich erstreckende Prüfung der Inventur und der Bilanz. Wenn man aber, um festzustellen, woraus für den Aufsichtsrat das Gefühl der Unsicherheit erwachsen ist, die Geschichte der Konflikte nachblättert, so findet man, dass diese nicht aus der unterlassenen Mitwirkung des Aufsichtsrats an einzelnen wichtigen Geschäften entstanden sind, auch nicht deshalb, weil die Versuche, in alle Winkel des Unternehmens hineinzuleuchten, misslingen mussten, vielmehr aus groben Verfehlungen, aus ganzen Ketten von unbedachten oder leichtsinnigen Geschäften, aus dem Nichtbemerken von Bilanzfälschungen und anderem mehr, das der Aufsichtsrat auch ohne besonders geschärfte Gläser feststellen konnte, wenn er nur etwas von dem angewandt hätte, was man die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes nennt. Ja, bei einem grossen Teil jener Vorkommnisse, die den Ruf nach einer Reform des Aufsichtsratswesens haben laut werden lassen (einer Reform, die freilich die meisten, die sie forderten, nicht als eine verminderte gesetzliche Verantwortung des Aufsichtsrats sich dachten) — bei einem grossen Teil jener Vorkommnisse war es schwer, dem Aufsichtsrat für deren Duldung auch nur den guten Glauben zuzusprechen, denn nicht selten war schon lange vor dem Eintritt der Katastrophe die Häufung dieser oder jener Geschäftsart, ein Anschwellen dieses oder jenes Bilanzpostens von aussen her beanstandet und die Verwaltung der betreffenden Gesellschaft vor einer Fortsetzung des beschrittenen Weges gewarnt worden.

Diese Feststellung soll nicht die „Substitution des Grundes" bestreiten. Es gilt nur zu zeigen, dass das bei den Inhabern von Aufsichtsratsposten entstandene Gefühl, das Gesetz mute ihnen eine unmögliche Leistung zu, genau genommen aus einer Furcht hervorgegangen ist, die, wenn man sich an die Erfahrungen der Vergangenheit hält, unbegründet ist, weil da, wo man mit Erfolg die Aufsichtsratsmitglieder zur Rechenschaft gezogen hat, vermeidbare Verstösse vorlagen. Dem Gesetzgeber darf man es jedenfalls nicht verargen, wenn er noch keinen Anlass genommen hat, den Pflichtenkreis der Aufsichtsratsmitglieder enger zu begrenzen; kann er doch — das Aufsichtsratswesen als Ganzes genommen — nicht die Ueberzeugung haben, dass auch nur der Versuch gemacht wird, die Aufgaben so zu erfüllen, wie sie das Gesetz vorgeschrieben hat. Denn, man mag das, was der § 246 vorschreibt, in der mildesten Weise auslegen — übernimmt, wie das so oft zu beobachten ist, eine einzelne Person neben dem Hauptberuf mehrere Aufsichtsratsposten, so kann sie allenfalls in jedem Monat einer Sitzung beiwohnen, nicht aber die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen der Verwaltung überwachen. Der Gesetzgeber würde sich leichter der Auffassung Rathenaus, dass die jetzigen Bestimmungen für den Aufsichtsrat der Grossunternehmung veraltet sind, anschliessen, wenn ihm bewiesen werden könnte, dass die Häufung der Aufsichtsratsposten eine Notwendigkeit ist. In diesem Punkte spricht sich jedoch Rathenau in seinem Buche recht zurückhaltend aus; er tadelt grundsätzlich die unorganische Häufung. Es sei eine zu verwerfende Aufgabe, gleichzeitig den Verwaltungen disparater, zusammengewürfelter Gesellschaften anzugehören. Nur der Finanzmann, der für die Wertemission zu sorgen hat und moralisch haftet, könne sich dieser Obliegenheit nicht entziehen. Er werde indes gut tun, sich mit seinen Amtsgenossen, so einzuteilen, dass möglichst jeder ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet überblickt. Der gewissenhafte Industrielle werde jeden Antrag ablehnen, der ihn von seinem eigenen Arbeitsgebiet entfernt Dennoch werde auch er — hier denkt Rathenau offenbar an sich selbst — der Häufung von Verwaltungspflichten nicht entgehen, wenn seine Industrie derart ist, dass sie die Finanzierung und Ueberwachung neuer Unternehmungen fordert. Dies aber sei ein Merkmal des Grossunternehmens, dass es neue Unternehmungen zeugt.

Die Daseinsberechtigung hat der Aufsichtsrat nach Rathenau keineswegs eingebüsst. „Er wirkt, so seltsam es klingen mag, durch das Vorhandensein." Wohl richtig, aber erklärt sich dieses „Wirken" nicht gerade aus der dem Aufsichtsrat auferlegten Ueberwachungspflicht? Würde der Gesetzgeber den Aufgabenkreis so gezogen haben, wie er sich bei der Grossunternehmung für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder entwickelt hat: Begutachtung, Auskünfte, Anknüpfung von Verbindungen, Beschaffung von Arbeiten — so würde der Vorstand in dem Aufsichtsrat einen Agenten oder Gutachter besonderer Art erblicken, jedenfalls keine Instanz, die durch ihr blosses Vorhandensein den Vorstand zu verschärfter Ueberlegung und Vorsicht mahnt. Schon darum wird man, welche Kompetenzen auch immer eine etwaige Neuregelung des Handelsgesetzbuches dem Aufsichtsrat zuweist, seine Kontrolltätigkeit nicht ganz aufheben dürfen, und auch darüber muss man sich im klaren sein: so wenig es wünschenswert ist, einen Gesetzesparagraphen mit unmöglichen Leistungen auszufüllen, es ist besser, von einer Kontrollinstanz zu viel als zu wenig zu verlangen.

Die im Vergleich mit der Leistung oft ungewöhnlich hohen Bezüge des Aufsichtsrates rechtfertigt Rathenau damit, dass man dem, der die Summe seiner Erfahrungen, die Gefährdung seines Namens und seine öffenliche Stellung einsetzt, den Gegenwert seiner Ratschläge und Ideen nicht vorenthalten dürfe. Ein einziger richtiger Wink des Aufsichtsrates kann in der Tat der Grossunternehmung mehr nützen, als die über das ganze Jahr sich erstreckende Arbeit des Vorstandes. Immerhin gibt Rathenau zu, dass in manchen Fällen die Entlohnung zu gross ist, und zwar meist bei solchen Unternehmungen, die dank einer glücklichen Lage und Zeit ihren Beratern wenig Last machen. Gerade nach solchen Aufsichtsratsposten ist, wie Rathenau hätte hinzufügen können, die Nachfrage gross. Nicht auf seiten des Herrn X oder des Herrn Y, die die Aussichtslosigkeit ihres Begehrens schnell erkennen würden, sondern u. a. auf seiten der Bankleiter wegen des Wertes, den die Beziehung zu einer gesunden Grossunternehmung für ein Kredit- und Finanzinstitut hat. Die hohe Aufsichtsratstantieme kann man in diesem Falle zuweilen unter den Begriff der Substitution des Grundes verweisen, denn der Anteil am Gewinn soll nach der ursprünglichen Auffassung einen Gegenwert für die der Grossunternehmung geleisteten Dienste sein. Die Entwicklung der Dinge hat aber dazu geführt, dass der Bankleiter der Gesellschaft, deren Aufsichtsrat er angehört, nicht immer besondere Dienste leistet, sondern, dass die Gesellschaft eine Einnahmequelle für die Bank wird.

Soviel über den Aufsichtsrat. Was Rathenau sonst in seiner sehr beachtenswerten Studie über das Aktienwesen zu sagen hat, bleibt einem weiteren Aufsatze vorbehalten.

Die Reichsbank in Kriegszeiten.

Der per 23. Oktober 1917 abgeschlossene Status zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre folgendes Bild (in 1000 M.):

1916	Gegen die Vorwoche	Aktiva.	1917	Gegen die Vorwoche
2 519 997	+ 1 955	Metallbestand	2 513 826	+ 6 350
2 508 402	+ 2 179	Davon Gold	2 404 459	+ 194
360 971	+ 20 544	Kassenscheine	992 404	— 9 717
12 739	+ 2 357	Noten anderer Banken	6 900	+ 2 401
7 615 881	+ 186 960	Wechsel, Schecks u. Schatzanw.	11 543 093	— 461 839
11 395	+ 462	Lombarddarlehen	10 019	— 2 762
82 352	+ 4 274	Effektenbestand	112 238	— 26 848
660 254	+ 31 438	Sonstige Aktiva	1 617 158	+ 64 285
		Passiva.		
180 000	(unver.)	Grundkapital	180 000	(unver.)
85 471	(unver.)	Reservefonds	90 137	(unver.)
7 033 624	— 92 892	Notenumlauf	10 138 698	— 157 128
3 586 148	+ 296 473	Depositen	5 786 434	— 207 557
378 346	— 5 591	Sonstige Passiva	650 669	— 63 043

Die Entwickelung des Standes der Reichsbank war in der am 23. Oktober abgelaufenen Woche recht befriedigend. Die Kapitalanlage minderte sich nämlich um den hohen Betrag von 490,9 auf 11 665,3 Mill. M. und die bankmässige Deckung allein um 461,8 auf 11,543,1 Mill. M. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war hingegen eine Zunahme der Anlage eingetreten, die sich für die bankmässige Deckung auf 136,9 Mill. M. berechnete, und dabei war in der dritten Oktoberwoche des Jahres 1916 die erste Pflichteinzahlung auf die fünfte Kriegsanleihe geleistet worden. Diesmal, das heisst für die siebente Kriegsanleihe, ist der erste Pflichtzahlungstermin der 27. Oktober; immerhin haben die freiwilligen Einzahlungen sich weiter günstig fortgesetzt, als deren Folge die hohe Entlastung der Anlage gelten kann. Für die Berichtswoche tritt hinzu eine Einschränkung des Darlehnsbestandes bei den Darlehnssassen, der sich am 15. Oktober auf 6584,1 Millionen Mark, am 23. Oktober aber nur noch auf 6537,6 Millionen Mark belaufen hatte. Um einen weit geringeren Betrag als die Anlage haben die fremden Gelder abgenommen; es sind nämlich 207,5 Mill. M. abgehoben worden, so dass sich nunmehr die fremden Gelder auf 5735,4 Mill. M. berechnen. Auch der Zahlungsmittelverkehr hat sich in der abgelaufenen Woche für die Bank recht günstig entwickelt. Der Notenumlauf ist um 157 auf 10 138,7 Mill. Mark zurückgegangen und der Bestand an Darlehnskassenscheinen um 10,7 auf 979,1 Mill. M. Da die Reichsbank 46,5 Mill. Mark Darlehnskassenscheine (entsprechend der Abnahme des Darlehnsbestandes bei den Darlehnskassen) an die Darlehnskassen zurückzugeben hatte, ihr Bestand sich aber nur um 10,7 Millionen Mark verringert hat, so müssen ihr aus dem Verkehr 35,8 Mill. M. zugeflossen sein, während zur gleichen Zeit des Vorjahres 34,6 Mill. M. neu ausgegeben wurden. Der Bestand an Reichskassenscheinen hat um 1 auf 13,3 Mill. M. zugenommen, der Bestand an Silber um 6,2 auf 109,4 Mill. M. und der Bestand an Gold um 194 000 M. auf 2404,4 Mill. M.

* * *

Die Einzahlungen auf die siebente Kriegsanleihe betrugen, obwohl der erste Pflichtzahlungstermin erst auf den 27. Oktober fällt, bis zum 23. Oktober bereits 9220 Mill. M., das heisst, es waren an diesem Tage 74,2 pCt. des vorläufigen Ergebnisses von 12 432 Mill. M. eingezahlt.

Deutsche Gasglühlicht-Gesellschaft.

In der heutigen Generalversammlung wurden die Anträge der Verwaltung bezüglich der Gewinnverteilung einstimmig angenommen bis auf den Punkt, durch den ein Betrag von 7 936 000 M. des Reingewinnes zu einer Ausschüttung an jede vierte noch verbliebene Stammaktie Lit. A derart verwendet werden soll, dass die Stammaktien, auf die diese Zahlung erfolgt, in Lit. C-Aktien mit einem für neun Jahre auf 5 pCt. beschränkten Dividendenanspruch ausgestattet werden. Ein Aktionär erhob Widerspruch gegen diesen letzteren Beschluss, indem er geltend machte, dass durch ihn die Inhaber der Lit. C-Aktien benachteiligt würden. Die Sonderausschüttung von 4000 M. dürfe nicht nur den A-Aktionären zugute kommen, sondern sie müsse auch den C-Aktionären zugänglich gemacht werden. Geschehe dies nicht, so würde der aktienrechtliche Grundsatz, nach dem alle Aktien eine gleichmässige Behandlung zu erfahren hätten, verletzt. Die Versammlung genehmigte trotzdem den Verwaltungsvorschlag gegen die 5 Aktien des Opponenten, der gegen diesen Beschluss Protest zu Protokoll gab. Dieser Protest wird, wie die Direktion bemerkte, immerhin die Folge haben, dass die beantragte Sonderausschüttung vorläufig aufgeschoben wird. Der Gesellschaft könne nicht zugemutet werden, der gerichtlichen Entscheidung der Streitfrage vorzugreifen.

Ein anderer Aktionär fragte, warum trotz der ausserordentlich erheblichen Steigerung der Umsätze der Gewinn nicht entsprechend gestiegen sei. Die Verwaltung bemerkte, dass die Gesellschaft sehr grosse Heeresaufträge ausgeführt habe, bei denen die Preise ziemlich niedrig bemessen seien und nicht den gleichen Gewinn liessen wie die Spezialfabrikate der Gesellschaft. Auf eine weitere Anfrage aus Aktionärkreisen, ob die Gesellschaft vor Feststellung des ausgewiesenen Gewinns besondere innere Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen habe, erwiderte die Verwaltung, dass dies nicht der Fall sei. Die Gesellschaft habe nicht mehr verdient, als sie gezeigt habe. Schliesslich erklärte die Direktion, dass sie hinsichtlich der börsenmässigen Lieferbarkeit der Litera C-Aktien noch auf demselben Standpunkt stehe wie in der vorigen Generalversammlung. Sie erachte die Einreichung eines besonderen Antrages auf Börsenzulassung für die C-Aktien nicht für erforderlich.

Ueber den Geschäftsgang im laufenden Jahre gab die Verwaltung die Erklärung ab, dass die Betriebe bisher voll beschäftigt sind, dass aber, da erst ein Viertel des Geschäftsjahres abgelaufen ist, das Ergebnis aus den allgemein bekannten Gründen sich zurzeit noch nicht übersehen lässt. Für dieses ist entscheidend die Möglichkeit, wiederum einen grossen Umsatz zu erzielen, da, wie die Zahlen des vergangenen Jahres zeigen, dessen Ergebnis nur auf die gewaltige Steigerung des Umsatzes zurückzuführen war. Der prozentuale Gewinn ist gegen früher erheblich zurückgegangen und dürfte bei den inzwischen weiter gestiegenen Unkosten und Lasten aller Art weiter sinken.

Mannesmann-Röhrenwerke.

Vor Eröffnung der heutigen Generalversammlung gedachte der Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrat Max Steinthal der drei verstorbenen Mitglieder des Aufsichtsrates, Rechtsanwalts Ernst Bassermann, Geheimen Kommerzienrats Otto Braunfels und Geheimen Baurats Gisbert Gillhausen, sowie der vor dem Feinde gefallenen Beamten und Arbeiter in ehrenden Worten.

Zur Tagesordnung übergehend, führte Geheimrat Steinthal aus, dass er in Anbetracht der ziemlich erheblichen Verschiebungen einzelner Bilanzposten gegen das Vorjahr einige Erläuterungen hierzu geben wolle. Auf der Passivseite habe sich der Posten „Anleihen" entsprechend den erfolgten Auslosungen um 797 000 M. vermindert, die Rücklage für Kriegsgewinn sowie Umsatz und Wertzuwachssteuer sei aufgelöst, dabei habe sich herausgestellt, dass dieser Posten um 202 000 M. zu hoch angesetzt war, diese Summe sei auf die Rücklage II übertragen. Auf der Aktivseite sei das Anwachsen des Bankguthabens von 27 auf 50 Mill. M. erwähnenswert, das sei zum Teil auf die Liquidation des Geschäfts in Italien zurückzuführen. Die gesamten Anlagen ständen mit 55½ gegen 61 Mill. M. zu Buche, aus den im Geschäftsbericht erwähnten Gründen habe es die Verwaltung für richtig gehalten, hierauf eine erhebliche Abschreibung vorzunehmen. Die Vorräte seien vorsichtig bewertet, so dass Verluste nicht zu erwarten seien. Zu der Gewinn- und Verlustrechnung sei zu bemerken, dass die Steigerung der Unkosten hinter dem erheblich angewachsenen Umfang des Geschäfts zurückgeblieben sei.

Nach diesen Ausführungen genehmigte die Versammlung, in der 86 515 000 M. Aktienkapital vertreten waren, die Jahresrechnung und setzte die Dividende auf 15 pCt. fest. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Ausschüttung eines Bonus von 3 pCt. fand gleichfalls die Zustimmung der Versammlung. Eine Neuwahl für die drei verstorbenen Mitglieder des Aufsichtsrates fand nicht statt, so dass dieser jetzt nur aus 21 Mitgliedern besteht. Bezüglich der Aussichten äusserte sich Kommerzienrat Eich folgendermassen: Die drei ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres weisen höhere Versandziffern auf als die der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Wenn die Werke von Störungen grösserer Art verschont blieben, so können die im Jahresbericht als günstig bezeichneten Aussichten auch heute bestätigt werden.

An der Börse

war heute die Kursbildung nicht einheitlich. Zwar trugen die weiteren Waffenerfolge Deutschlands und seiner Verbündeten aufs neue zu einer Stärkung der zuversichtlichen Stimmung bei, ebenso wie die in Wien eingetretenen Kurssteigerungen anregend wirkten. Gleichwohl überwog zunächst eine gewisse Zurückhaltung mit Rücksicht auf die noch ungelösten innerpolitischen Fragen, und da auch die üblichen Abgaben zum Wochenschluss eine Rolle spielten, bewegten sich die Kurse teilweise abwärts. So bröckelten am Montanaktienmarkt, wo obendrein die Ausführungen des Generaldirektors Benkenberg vom Phönix über die Aussichten der Eisenindustrie etwas verstimmten, die Kurse der Aktien des Unternehmens selbst, des Bochumer Vereins, der Friedr. Thomée Akt.-Ges. und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges. ab und die Bewegung griff auch auf andere Werte über. Späterhin setzte aber eine entgegengesetzte Entwicklung ein, die gerade Montanaktien in den Vordergrund des Kaufinteresses schob und besonders in den Aktien der Westfälischen Stahlwerke, die, wie gerüchtweise verlautet, mit Fusionsabsichten umgehen, zu einer starken Kurserhöhung führte. Rüstungswerte wiesen zum Teil Kursbefestigungen auf, ebenso Schiffahrtsaktien und Kaliwerte. Stärker im Kurse gesteigert waren die Aktien des Sachsenwerks, der Steaua Romana Akt.-Ges. und im Verlaufe auch die der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. Einen sehr beträchtlichen Kursgewinn erzielten die Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt. Auch andere österreichische Werte waren begehrt. Schwächere Haltung bekundeten die Aktien der Auer-Gesellschaft im Zusammenhang mit den Mitteilungen der Verwaltung in der heutigen Generalversammlung.

Die Börse schloss in fester Haltung.

Telegraphische Auszahlungen	27. 10. Geld	27. 10. Brief	26. 10. Geld	26. 10. Brief	Telegraphische Auszahlungen	27. 10. Geld	27. 10. Brief	26. 10. Geld	26. 10. Brief
Amsterdam Rotterdam G.	313 3/4	314 1/4	312 3/4	313 1/4	Wien Budapest Kr	64,20	64,80	64,20	64,80
Kopenhagen Kr.	229	229 1/2	228	228 1/2	Sofia L.	80 3/4	81 1/4	80 3/4	81 1/4
Stockholm Kr.	255 3/4	256 1/4	254 3/4	255 1/4	Konstantin. T. P	20,45	20,55	20,45	20,55
Christiania Kr	230 1/4	230 3/4	229 1/4	229 3/4	Madrid Barcelona Pes	132 1/2	132 1/2	132 1/2	133 1/2
Schweiz Fr	156 3/4	157	156 1/4	156 1/4					

Tägliches Geld war zu 4 pCt. zu haben. Der Privatdiskont stellte sich auf 4⅝ pCt. und darunter.

Im heutigen Produktenverkehr

wurden folgende Preise (nichtamtliche Angaben) bekannt: Saatgut per 100 kg ab Station: Sommerwicke (vicia satira) 65 M., Vogelwicke 43 M., Klee- u. Grassamen (Handelspreise Stufe II u. III der Richtpreise): Seradella 44—49 M., Rotklee 260—278 M., Wundklee 210 bis 228 M., schwedischer Klee 210—228 M., Weissklee 160—176 M., Inkarnatklee 118—132 M., Gelbklee in Rippen 64—71 M., enthülst 96 bis 106 M., Raygras 108—120 M., Knaulgras 108—120 M., Wiesenschwingel 108—120 M., Schafschwingel 55—62 M., Thymotee 96—106 M., Luzerne, asiatische 105—112 M., europäische 140—147 M., Esparsette 65—73 M., alles für 50 kg ab Station, Heu ab Station (Höchstpreise plus Handelszuschlag): Wiesen- u. Feldheu 8,40 M., gepresstes 8,60 M., Kleeheu 9.40 M., gepresstes 9,60 M., Stroh ab Station: Flegeldruschstroh 4,80 M., Maschinendruschstroh 4,30 M., gepresstes 4,75 M., Häcksel ab Station 5,80 M. u. 35 Pf. für Leihsäcke, Heidekraut ab Station 2,50 bis 3,25 M., Schilfrohr ab Station, Schnitt vor der Blüte 4—4,50 M., alles Rauhfutter für 50 kg.

Frachterhöhung? Die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet, dass zum 1. Januar 1918 eine allgemeine Tariferhöhung für alle Güter bevorstehe, die, ähnlich wie die Reichsverkehrssteuer, in der Form eines prozentualen Zuschlages erhoben werden solle. Wie uns hierzu von massgebender Stelle mitgeteilt wird, sei für den 1. Januar keine Erhöhung in Aussicht genommen. Ob sich etwa die Regierung für spätere Zeit mit derartigen Plänen trägt, steht auf einem anderen Blatt. Unseres Erachtens wird man aus denselben Gründen wie beim Personenverkehr auf eine Erhöhung rechnen müssen. In nächster Zeit sind aber nach der uns gewordenen Erklärung einschneidende Neuerungen nicht zu erwarten.

Rübenernte und Zuckergehalt. Die Zeitschrift „Die Deutsche Zuckerindustrie" schreibt in ihrem wöchentlichen Marktbericht, dass das Gewicht und der Zuckergehalt der Rüben eine gute Mittelernte versprechen, doch befürchte man, dass durch starkes Köpfen und Verfüttern von Rüben der Ausfall der Ernte nicht unwesentlich beinträchtigt werde. In der ersten Wochenhälfte erlitten die Zuckerverladungen infolge Wagenmangel noch grosse Verzögerungen, aber auch hierin sei in den letzten Tagen eine Besserung eingetreten, nachdem vom Eisenbahnzentralamt entsprechende Verfügungen erlassen sind.

k. I. E. Reinecker Akt.-Ges. in Chemnitz. Der Betriebsüberschuss des Unternehmens in 1916/17 beträgt 3 392 116 M. (1915/16 3 505 021 M.). Nach Abschreibungen von 441 976 M. (461 197) und nach Absetzung der Unkosten von 1 640 345 M. (1 659 240) verbleibt zuzüglich des Vortrages ein Reingewinn von 1 269 855 M. (1 384 584). Hieraus soll eine Dividende von wieder 16 pCt. ausgeschüttet und 166 212 M. (164 92[illegible]) neu vorgetragen werden. In der Vermögensrechnung erscheinen Materialvorräte mit 2 228 849 M. (1 806 663), Wertpapiere mit 2 770 977 M. (1 142 595), Guthaben bei Banken mit 717 346 M. (1 667 069), Aussenstände mit 2 237 124 M. (1 825 226) und Verbindlichkeiten mit 731 341 M. (550 923[illegible]

Ausstellung von Papiergeweben. Die Zeitschrift „Der Konfektionär" bittet uns, darauf hinzuweisen, dass auch sie in ihren Geschäftsräumen am Hausvogteiplatz eine Ausstellung von Papiergeweben und aus Papiergeweben hergestellte Konfektion unterhalte.

Dividenden und Abschlüsse.

Mühlenbauanstalt Gebrüder Seck in Dresden: Aus einem Reingewinn von 1 377 079 M. (i. V. 498 210 M.) 8 pCt. (5 pCt.).

Elektrizitätswerk Lonza in Basel: Vorschlag 15 pCt. (1915/16 10 pCt.) aus einem Reingewinn von 3 979 871 Fr (2 562 973). Kapitalerhöhung von 18 auf 24 Mill. Fr. wird beantragt.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Robert Franke-Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.